

Feindbild Presse

Beleidigungen, Bedrohungen, körperliche Gewalt: Auch Journalistinnen und Journalisten werden bei Anti-Corona-Protesten immer häufiger Opfer von Attacken durch Demonstranten. Die Einschüchterungen sind Teil des Kampfes um die Deutungshoheit.

BERLIN. Sie haben Angst“, ruft Eric Graziani an einem kalten Januarabend in sein Mikrofon. Und er fügt hinzu: „Mit Recht!“ „Sie“ – damit meint der Berliner Rechtsextremist die Medien. Seit Wochen führt er mit seiner Gruppe „Patriotic Opposition Europe“ montägliche Demonstrationen von Impfgegnern durch das Zentrum der Hauptstadt an. Der Höhepunkt dieser Demos sind Kundgebungen vor der Zentrale des vermeintlichen Feindes: dem Hauptstadtstudio des ZDF. Graziani – der auf keinen Fall in eine rechte Ecke gestellt werden will – spricht dort von einer „gleichgeschalteten Lügenpresse“ und ernennt verhaltenen Applaus.

In Berlin bleibt es an diesem Abend wie auch an den Montagen zuvor beim Wunsch der Demonstranten, von der Presse gefürchtet zu werden. Im sächsischen Freiberg gibt sich fast zeitgleich eine Gruppe alkoholisierten Männer bei einem Corona-Protest Mühe, diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen. Sie beleidigen mehrere Journalistinnen und Journalisten, drohen ihnen. „Verpiss dich du Fotze, sonst kriegst du ne Flasche gegen den Schädel“, pöbelt ein sportlich gekleideter junger Mann. Dann greifen zwei andere Männer die Journalisten an, versuchen Filmaufnahmen zu verhindern. Videos der Reporterin Franziska Klemenz und der Journalistengruppe „vue.critique“ zeigen den Angriff – und wie Polizisten schließlich dazwischen gehen. Am selben Abend berichten auch Journalisten der „Augsburger Allgemeinen“ über einen Angriff auf ein Reporterteam bei unangemeldeten „Spaziergängen“ in Landsberg. In Stuttgart protestierten am Wochenende Maßnahmengegner vor dem Gebäude des Südwestrundfunks (SWR).

Zahl politischer Straftaten steigt

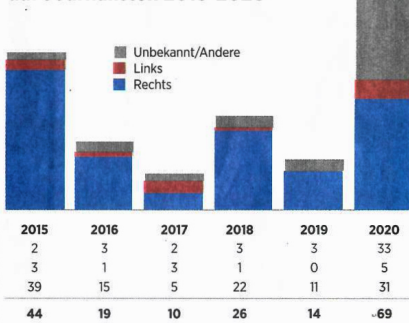
Szenen wie diese sind Alltag für viele Journalistinnen und Journalisten, die über die Proteste von Maßnahmengegnern, Corona-Verharmlosern und Impfgegnern berichten. Das Klima bei diesen Protesten ist rauer geworden seit dem Beginn der Pandemie. Journalistengewerkschaften verzeichnen zunehmend steigende Zahlen körperlicher Angriffe auf Medienschaffende. Auch insgesamt ist die Zahl politischer Straftaten laut dem Bundeskriminalamt im vergangenen Jahr vor allem wegen der Corona-Proteste angestiegen.

Die Presse als Feindbild – das ist nicht neu. Schon im Januar 2015 wurde der Kampfbegriff „Lügenpresse“ zum Unwort des Jahres 2014 gekürt. Da marschierte Pegida gerade montäglich mit einer wachsenden Zahl von Menschen durch Dresden und andere Städte. Wenige Monate zuvor waren die „Hooligans gegen Salafisten“ randaliert durch Köln gezogen.

Viele, die über Rechtsextreme berichten – oder über die Integration von Geflüchteten – haben sich längst an die hässlichen E-Mails gewöhnt. Beleidigungen, oftmals weit unter der Gürtellinie, Diffamierungen und Bedrohungen. Auch vor dem Beginn der ersten Corona-Proteste wagten sich Journalisten zu manchen rechtsextremen Demos nur noch mit Schutzausrüstung und möglichst nicht allein.

In den letzten zwei Jahren sei diese Arbeit aber noch sehr

Anzahl der tätlichen Angriffe auf Journalisten 2015-2020



viel gefährlicher geworden, sagt Julius Geiler. Der 23-jährige Reporter berichtet vor allem für den Berliner „Tagesspiegel“ von den Pandemieprotesten. Er wurde bereits von Demonstranten „geoutet“, umzingelt, bedrängt. Im Dezember versuchte ein Rechtsextremist bei einer verbotenen „Querdenker“-Demo in der Hauptstadt, Geilers Smartphone zu rauben, mit dem er die Demonstranten filmte.

Bedrohlich und belastend sind jedoch nicht nur die Proteste selbst. „Gerade in den Tagen nach Berichten über solche Demonstrationen bekomme ich haufenweise E-Mails, Direktnachrichten und Facebook-Kommentare“, sagt Geiler. Deren Inhalt reicht bis zu Todesdrohungen. „Im Dezember 2020 wurde in mehreren Telegram-Gruppen mit Tausenden Mitgliedern eine Nachricht mit meiner Privatadresse und meiner Handynummer veröffentlicht“, berichtet der Reporter. „Das war ein extremes Bedrohungsszenario und ich weiß bis heute nicht, wer das veröffentlicht hat und woher die Person meine Daten hatte.“ Trotz allem fühlt er sich in Berlin vergleichsweise sicher: Bei den Protesten in der Hauptstadt, sagt er, seien meist viele Polizisten vor Ort, die schnell eingreifen könnten. In kleineren Städten sei die Situation deutlich bedrohlicher.

In Cottbus, 140 Kilometer südöstlich von Berlin, treibt der Protest gegen die Corona-Maßnahmen und den Staat je-

den Montag Tausende auf die Straßen. Noch stärker als anderswo sind es die AfD und ihr vorpölitisches Umfeld, die mobilisieren. Cottbus ist spätestens seit 2017 eine Hochburg des Protests, der sich damals in enger Zusammenarbeit mit der Dresdner Pegida noch vordergründig gegen die Zuwanderung von Geflüchteten richtete.

„Die Beleidigungen und Angriffe gegen die Medien sind in Cottbus nicht neu. Ähnlich ging es bereits während der großen Demonstrationen von ‚Zukunft Heimat‘ 2017 und 2018 zu“, sagt Andreas Rausch, Leiter des RBB-Studios Cottbus. „Damals wurde unser RBB-Auto sogar bespuckt, als wir bei einer Fahrt durch die Stadt an einer Ampel hielten.“ Dennoch sei die Lage jetzt anders, schlimmer: „Neu ist der Rückhalt, den die Gewaltbereiten unter den Demonstranten inzwischen bei ganz normalen Cottbusser Bürgerinnen und Bürgern genießen. Es schreckt offenbar niemanden mehr ab, mit Rechtsextremen spazieren zu gehen. Es schreckt niemanden mehr ab, wenn Medienvertreter beschimpft, beleidigt und bedroht werden.“

Distanzierung findet nicht statt

Ein ähnliches Bild zeigt sich vielerorts: Längst nicht alle Teilnehmer der Corona-Proteste sind rechtsextrem, nur ein kleiner Teil der Demonstrierenden greift selbst zu körperlicher Gewalt gegen Journalisten. Doch eine glaubwürdige Distanzierung von Gewalttätigen und Pressefeinden findet selten statt.

Vor Kurzem ging Rausch einen ungewöhnlichen Schritt und machte die Angriffe auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema eines Textes auf der RBB-Homepage. Es ist ein trotziger Text, der vom Durchhalten spricht, der nichts beschönigt, und der die Rolle des Journalismus klar benennt: „Kritischer, unabhängiger Journalismus gehört zur DNA einer Demokratie, wie wir sie haben. In Cottbus haben einige ein Problem damit.“ Dazu gehört, dass Medienvertreter bedrängt, bespuckt, beleidigt werden. Dazu gehört in Cottbus auch, dass ein RBB-Reporter vom Chef eines renommierten Lokals in der Altstadt nicht bedient wurde – wegen seiner Berichterstattung über die Demonstrationen und ihre Hintermänner.

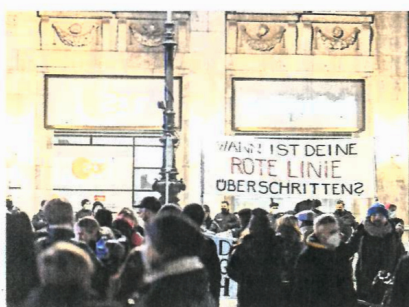
„Was ich sehe, ist unerträglich“

„Ja, es gibt eine neue Dimension der Aggressivität gegenüber Medien“, bestätigt auch Patricia Schlesinger, rbb-Intendantin und aktuell ARD-Vorsitzende. „Was ich biswei-



Am Anfang der Proteste habe ich versucht, mit den Teilnehmern ins Gespräch zu kommen.

Julius Geiler, Reporter für den „Tagesspiegel“



Protest vor dem ZDF: Vergangene Woche marschierten Impfgegner vor dem ZDF-Hauptstadtstudio in Berlin auf.

FOTO: IMAGO/ANDREAS FRIEDRICH



Im Mai 2020 bei den ersten Protesten gegen die Corona-Beschränkungen wurde ein Kamerteam der ARD zwischen Reichstag und Hackeschem Markt angegriffen. Die Kamera wurde zerstört.

FOTO: C. SOEDER/DPA

len an Bildern sehe und an Parolen höre, ist unerträglich. Aber ich sehe auch, dass sich zivilgesellschaftliches Engagement formiert, dass die Menschen ihre Plätze, ihre Lebensräume zurückerobern und die Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft schützen wollen. Das stimmt mich mittlerweile zuversichtlich."

In der Pandemie ist der Ton aber auch gegen andere Gruppen rabiater geworden. Wissenschaftler müssen genauso mit Anfeindungen durch Impfgegner und sogenannte Querdenker leben wie Ärzte, Politiker und Polizisten. Bei Attacken auf Journalisten und Journalistinnen geht es in besonderer Weise immer auch um den Angriff auf ein Grundrecht: die Meinungs- und Pressefreiheit. Die Einschüchterungsversuche, die Bedrohungen und Beleidigungen, die körperlichen Attacken auf den Demonstrationen sind nicht nur rüpeliger Ausdruck einer Wut, sie sind für Teile der Demonstranten ein Mittel im Meinungskampf.

"Das shoot-the-messenger-Syndrom, also die Attacke auf den Boten, den Überbringer unerwünschter Nachrichten, ist ein altbekanntes Prinzip", sagt der Tübinger Medienexperte Bernhard Pörksen. "Und schließlich ist auch in bürgerlichen Kreisen und manchmal selbst im Journalismus die Neigung zur gepflegten Medienverachtung zu beobachten. Hier ist eine Art Lügenpresse-light-Milieu entstanden, das ein eigenes Fertigvokabular des Verdachts und der Verdächtigung bereit hält."

Pörkens Vorschlag zur Verbesserung der Lage: Bildung. "Es braucht ein eigenes Schulfach, das auf drei Säulen ruht", fordert er. "Zum einen auf der Medien- und Machtanalyse. Zum anderen braucht es die Medienpraxis, es gilt also, die Kunst der Rhetorik an die Schulen zurück zu holen und die Auseinandersetzung mit dem Wert des se-

riösen Arguments und die Auswahl von vertrauenswürdigen Quellen einzuüben. Und schließlich wäre eine Disziplin zu trainieren, die man angewandte Irrtumswissenschaft nennen könnte. Hier ginge es darum, sich mit der ungeheuren Irrtumsanfälligkeit des Menschen zu befassen, um sich der Verführbarkeit durch, Gerüchte, Falschnachrichten und Desinformation bewusst zu werden."

Anfeindungen mit System

Oft haben die Anfeindungen System: Journalistinnen und Journalisten werden in den sozialen Netzwerken markiert, private Informationen geteilt, sie finden Drohschreiben im Briefkasten. Wer Maske trägt, macht sich bereits verdächtig. Wer filmt und fragt, ohnehin. Auch Julius Geiler schränkt sich mittlerweile ein: "Am Anfang der Proteste habe ich versucht, mit den Teilnehmern ins Gespräch zu kommen", sagt er. Heute verzichtet er darauf oft – aus Sorge vor Angriffen.

Das mitunter offen erklärte Ziel, durch Drohungen und Attacken eine Berichterstattung im Sinne der Corona-Demonstranten, Maßnahmen- und Impfgegner zu erzwingen, geht nicht auf. Doch vielen, die montäglich auf die Straße gehen, ist es ohnehin egal, was Fernsehen und Radio berichten, was am nächs-



„Kritischer, unabhängiger Journalismus gehört zur DNA einer Demokratie, wie wir sie haben. In Cottbus haben einige ein Problem damit.“

Andreas Rausch, Leiter des RBB-Studios in Cottbus



Motto auf der Motorhaube: Dieser Demonstrant in München richtet seinen Protest gegen die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender. FOTO: SACHILLE BABBAR/DPA

ten Tag in der Zeitung steht. Sie lesen lieber, was szenenahne Publizisten auf ihren Blogs und in ihren Magazinen schreiben, schauen sich die Livestreams selbst ernannter "Journalisten" an. Auch in Berlin, als Eric Graziani vor dem ZDF-Studio seine Tiraden abfeuert, richtet sich die Smartphone-Kamera einer Aktivistin auf ihn, um seine Worte live ins Netz zu übertragen. Auf manchen Demonstrationen tummeln sich gleich Dutzende, die Warnwesten mit einer "Presse"-Beschriftung tragen, selbstgebastelte oder online gekaufte Presseausweise um den Hals hängen haben. Nicht selten geben sie sich in einem Moment als Journalisten aus, um im nächsten zu Protagonisten des Geschehens zu werden. Die professionelleren erreichen Zehn- oder gar Hunderttausende. Ihre Mission: Eine Gegenöffentlichkeit aufbauen. Auf Faktentreue kommt es da oft nicht an.

Sorge um die eigene Sicherheit

Eine gefährliche Mischung: Auf der einen Seite können Reporter an einigen Orten nicht mehr ohne Sorge um ihre persönliche Sicherheit berichten. Gleichzeitig tummeln sich dort jene, die am Gegenteil einer informierten Öffentlichkeit arbeiten.

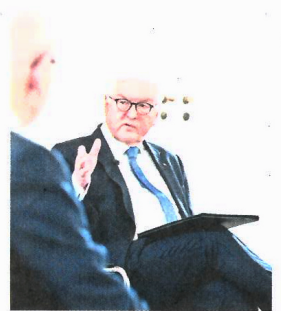
Journalistenverbände fordern deshalb einen besseren Schutz von Medienschaffenden bei den Demonstrationen von Corona-Verharmlosern und Impfgegnern. Der Deutsche Journalistenverband (DJV) fordert die Bundesregierung außerdem dazu auf, härter gegen die Verbreitung von Mord- und Gewaltaufrufen vorzugehen, die sich neben Ärzten, Wissenschaftlerinnen und Politikern auch gegen Journalisten richten. In ihrem Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien festgehalten: "Wir setzen uns für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten ein."

Der Hass trifft viele

Bundespräsident lädt Gäste aus Medizin, Polizei und Zivilgesellschaft zum Gespräch

VON JAN STERNBERG

BERLIN. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in der gesellschaftlichen Debatte um die Corona-Maßnahmen Hass und Gewalt verurteilt. "Wer sich gegen unser Recht stellt und sich mit selbst erklärten Staatsfeinden und verfassungsschutzbekannten Rechtsextremisten gemeinmacht, der kann sich nicht mehr glaubwürdig auf Demokratie und Freiheit berufen", sagte Steinmeier am Montag bei einer Gesprächsrunde mit Gästen aus Medizin, Kommunalpolitik, Polizei und Zivilgesellschaft in Berlin. Der Hass trifft nicht nur Einzelne, sondern immer mehr gesellschaftliche Gruppen:



Warnt vor den „selbst erklärten Staatsfeinden“: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht mit Gästen. FOTO: B. VON JUTRCZENKA/DPA

Wissenschaft: Je präsenter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind, desto mehr werden sie zum Blitzableiter in den sozialen Medien. Das ist weltweit ähnlich, wie eine Umfrage der Wissenschaftszeitschrift "Nature" vom Oktober 2021 zeigt. Ergebnis: 80 Prozent hatten nach öffentlichen Aussagen zu Covid-19 Hasskommentare in den sozialen Netzwerken erhalten, mehr als 20 Prozent wurden konkret bedroht, 2 Prozent erfuhren körperliche Gewalt.

Medizinisches Personal: Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer, hat schon mehrfach Patienten aus seiner Praxis geworfen, die gegenüber Mitarbeiterinnen ausfällig wurden, berichtet er. "Die Schwelle, dass Gereiztheit in Aggression übergeht, ist gesunken." Annette Knap, leitende medizinische Fachangestellte aus Paderborn, berichtet: "Wir sind am Ende. Jeden Tag bricht eine von uns in Tränen aus."

Politiker: Städtetagspräsident und Münsters Oberbürgermeister Markus Lewé (CDU) spricht von der "Angst vor dem Amt" bei vielen seiner Bürgermeisterkolle-

gen. Gerade in kleineren Städten ist das Eindringen in die Privatsphäre von lokalen Politikerinnen und Politikern inzwischen fast Alltag. Da werden am Familienauto Radmuttern gelöst, da trauen sich Stadthefs nicht mehr, im Dunkeln allein nach Hause zu gehen. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sagte kürzlich dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): "Was mich beschäftigt, sind Drohungen gegen Menschen, die sich engagieren, die andere politische Meinungen vertreten als die Demonstranten sowie Stadtverordnete, Abgeordnete und ehrenamtlich Engagierte. Das dürfen wir nicht hinnehmen, hier geht es um unsere Demokratie."

Polizei: "Wenn wir die Macht haben, werdet ihr alle eingesperrt", bekommen Einsatzkräfte immer wieder zu hören, berichtet Undine Weihe, Leiterin einer Hundertschaft der Berliner Polizei. Seit dem Beginn der Pandemie ist die Polizei Feindbild Nummer eins der Maßnahmengegner – und die Aggressivität nimmt zu. "Ein oder zwei Aggressive reißen auch andere mit", berichtete Andreas Roßkopf, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei.